



KOALITIONSVERTRAG

**für die Exekutive der ÖH-Bundesvertretung
2019-2021**

zwischen

Grüne & Alternative Student_innen
(GRAS)

Verband sozialistischer Student_innen Österreichs
(VSStÖ)

Unabhängige Fachschaftslisten Österreichs
(FLÖ)

Wien, am 23. Juni 2019



I. Präambel

Wir, die Fraktionen VSStÖ, GRAS, und FLÖ wollen eine sichtbare, partizipative, starke, kritische und progressive ÖH-Bundesvertretung. Alle interessierten Studierenden, die unsere Grundsätze gemäß des Koalitionsvertrags vertreten, unabhängig ob in einer Fraktion tätig oder nicht, sind herzlich willkommen die Arbeit der ÖH-Bundesvertretung mitzugestalten.

Wir sprechen uns für den freien und offenen Hochschulzugang aus und treten gegen jede Form von Zugangsbeschränkungen, Studiengebühren und Ökonomisierung von Bildung auf. Es ist die Aufgabe des Staates die Hochschulen öffentlich zu finanzieren. Hochschulbildung muss zum kritischen Hinterfragen und dem aktiven Mitgestalten der Gesellschaft befähigen und darf keine reine Berufsausbildung sein. Wir setzen uns für einheitlichen Hochschulsektor ein. Hochschulen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und nicht abgetrennt von dieser zu betrachten, daher sind auch gesellschaftspolitische und sozialpolitische Themen zentral für unsere Arbeit.

Wir bekennen uns explizit zum Erhalt der solidarischen Pflichtmitgliedschaft aller Studierenden in der ÖH, um eine finanziell unabhängige und starke Interessensvertretung darzustellen.

Wir treten gegen jede Form der Diskriminierung wie zum Beispiel aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, sozialem Hintergrund, finanzieller Lage oder körperlicher Behinderung und psychischer Beeinträchtigung auf.

Wir sehen den Kampf gegen Rechtsextremismus als Teil unserer antifaschistischen Grundhaltung und kämpfen aktiv gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus. Wir setzen uns aktiv auf allen Ebenen, national wie international, dagegen ein. Wir sehen uns als Teil der internationalen Student_innenbewegung.

Wir sind eine feministische ÖH und verstehen Feminismus als Querschnittsmaterie in der eigenen Arbeit genauso wie in den gesellschaftspolitischen Forderungen und wollen Frauen*, Lesben, Inter- Nonbinary- und Transgenderpersonen (FLINT*s) aktiv fördern. Darüber hinaus verfolgen wir einen intersektionellen Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen thematisiert. In diesem Sinne kämpfen wir für eine gendergerechte Hochschule und versuchen mit Vorbildcharakter zu agieren.

Die soziale Absicherung von Student_innen ist uns ein Anliegen, soziale Barrieren müssen abgebaut werden. Studieren als auch das aktive Engagement an der Hochschule soll mit Betreuungspflichten und Arbeitsverhältnissen vereinbar sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Studierende in Österreich die gleichen Rechte besitzen, sowohl EU-Studierende als auch Studierende von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Dies umfasst auch die Unterstützung von geflüchteten Studierenden, bei Problemen in den Bereichen Aufenthalt, Anerkennung und soziale Absicherung.

Wir setzen uns dafür ein, dass ÖH-Arbeit für alle Studierende aus allen Hochschulsektoren (Öffentliche Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und Privatuniversitäten) möglich ist, unabhängig von der finanziellen und sozialen Lage.

Wir forcieren eine ökologische und nachhaltige Hochschulpolitik und Arbeitsweise. Wir setzen uns für eine sichtbare Steigerung der Wahlbeteiligung bei den ÖH-Wahlen ein. Die ÖH-Bundesvertretung bemüht sich um die



Vermittlung der Interessen der Studierenden durch öffentliche Druckausübung auf allen politischen Ebenen und durch dafür vorgesehene Mittel (z.B. durch Verhandlungen, Demonstrationen, Besetzungen, ...).

Wir, die Fraktionen GRAS, VSStÖ und FLÖ sehen längerfristig die Zukunft der Bildung nur in einem offenen, freien, staatlich ausfinanzierten, diskriminierungsfreien, selbstbestimmten, selbstverwalteten, barrierearmen, das kritische Denken fördernden und einheitlichen Hochschulsektor gesichert!

Wir erkennen an, dass es mehr als nur zwei Gender in unserer Gesellschaft gibt und jede einzelne Person für sich selbst definieren kann und soll, wie sie verstanden werden will. Um dies auch visuell im Text hervorzuheben, gendern wir mit "Underscore" (_) um Platz für alle Gender zu geben und verwenden den Stern (*) um auf das soziale Konstrukt der zweigeschlechtlichen Gesellschaft hinzuweisen.

II. Arbeitsprinzipien

Nicht-hierarchische Arbeitsweise

Die gesetzlichen ÖH-Strukturen geben eine klar hierarchische Gliederung vor. Wir wollen die ÖH-Bundesvertretung aber als offene Struktur verstehen, in der alle ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen gleichberechtigt in den Entscheidungsprozess im Rahmen des HSG 2014 eingebunden werden unter Berücksichtigung der besonderen Verantwortung der involvierten Personen – egal ob sie Teil einer Fraktion oder unfraktioniert sind.

Konsensuale Arbeitsweise

Die Entscheidungsfindung auf der ÖH findet im Konsens statt. Das gilt für das Vorsitzteam, die Referate, das Interref und alle weiteren internen Strukturen. Konsens bedeutet, dass alle Beteiligten an einer gemeinsamen Lösung und Entscheidung arbeiten und die Entscheidung zumindest mittragen können. Abstimmungen sind nicht Teil von Konsensentscheidungen. Damit die Arbeit im Konsens funktionieren kann, sollen sich auch alle Personen der Verantwortung aller Beteiligten klar sein und diese Verantwortung nicht missbräuchlich verwenden.

Transparente und partizipative ÖH

Die ÖH-Bundesvertretung versteht sich nach innen und außen als partizipativ und transparent. Alle Mitarbeiter_innen der ÖH sollen Zugang zu Informationen zur Arbeit auf der ÖH-Bundesvertretung haben. Das soll durch regelmäßige Berichte der Referate und des Vorsitzteams, durch breite (online) Kommunikation sowie gute Protokollführung wichtiger Besprechungen erreicht werden. Wir wollen auch allen Studierenden, unabhängig ihrer Lebenssituation – wie Betreuungspflichten oder sozialer Herkunft – ermöglichen an der ÖH aktiv mitzuarbeiten.

Vorsitzteam

Das Vorsitzteam besteht aus allen Vorsitzenden die gleichberechtigt zusammenarbeiten. Öffentliche Auftritte sind gleichmäßig im Vorsitzteam aufzuteilen. Um das zu gewährleisten, werden die Pressesprecher_innen damit beauftragt, das Medienrad zu beachten, das alle im Vorsitzteam gleichberechtigt bei öffentlichen Auftritten und Aussagen berücksichtigt.

Inklusive Sprache

Die ÖH-Bundesvertretung verwendet eine inklusive und bewusste Sprache, die gendergerecht ist, einen bewussten Umgang mit Sprache fördert und rassistisch und homophob besetzte Wörter vermeidet. Wir benutzen eine niederschwellige Sprache, die es allen ermöglicht, nachzuvollziehen, worüber wir sprechen und vermeiden Abkürzungen und Namedropping, die es vor allem neuen Menschen erschweren sich einzubringen.

Queer-feministische ÖH

Die ÖH-Bundesvertretung versteht sich als (queer-)feministisch. Das bedeutet für uns, dass wir erkennen, dass es eine gesamtgesellschaftliche Benachteiligung von Frauen*, Lesben, Inter-, Nonbinary- und Transgender-Personen gibt, die sich auch innerhalb der ÖH, in der Politik und Wissenschaft widerspiegelt. Es ist uns wichtig, in unserer feministischen Politik Mehrfachdiskriminierungen mitzubedenken. Daher versteht sich die ÖH-



Bundesvertretung als Ort, an dem es keinen Platz für strukturelle Gewalt, Sexismus und Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit geben darf. Des Weiteren versuchen wir mit unserer Politik heterosexistischen und -normativen Gesellschaftsstrukturen entgegenzuwirken. Wir unterstützen Betroffene von sexualisierter Gewalt, fördern Frauen* aktiv und setzen auf Sensibilisierungsworkshops für Mitarbeiter_innen der ÖH-Bundesvertretung.

Barrierearme ÖH

Die ÖH-Bundesvertretung arbeitet aktiv an der Inklusion von Student_innen mit körperlichen Behinderungen, wie psychischen Beeinträchtigungen und/oder chronischen Erkrankungen. Hürden (und einhergehend soziale Exklusion) entstehen im Zusammenspiel von individuellen Beeinträchtigungen und sozialen Barrieren. Daher wollen wir Inklusion an jeder Stelle mitdenken und die ÖH nach diesem Prinzip gestalten.

Solidarische Arbeitsweise

Wir wollen auf der ÖH-Bundesvertretung in den einzelnen Referaten und Arbeitsbereichen als Team arbeiten. Neben offener Kommunikation braucht es dafür auch einen ehrlichen und fairen Umgang mit persönlichen Ressourcen. Arbeitsaufteilungen laut den Jobdescriptions sollen sich vorab ausgemacht und eingehalten werden. Es soll vermieden werden, dass einzelne Personen der Referate bzw. Arbeitsbereiche die Arbeit ohne Unterstützung der Kolleg_innen bewältigen müssen. Die einzelnen Personen sollen sich auch im Rahmen von (übergreifenden) Referats-JFen und dem Interref an der gesamten Arbeit der ÖH-Bundesvertretung beteiligen.

Ausgewogenheit der Hochschulsektoren

Die ÖH-Bundesvertretung achtet bei der Entsendung und Nominierung in nationale oder internationale Gremien auf die Verteilung auf die einzelnen Hochschulsektoren.

Außenwirkung der ÖH-Bundesvertretung

Unser Ziel ist es, die ÖH-Bundesvertretung sichtbar und greifbar für alle Studierenden zu machen. Informationen zu aktuellen Projekten, Veranstaltungen und der Arbeit der ÖH sollen auf der Website zur Verfügung gestellt werden und mittels monatlichem Newsletter den Studierenden vermittelt werden. Die Veranstaltungen der ÖH-Bundesvertretung sollen für alle Studierenden offen sein. Die Website der ÖH-Bundesvertretung soll übersichtlicher gestaltet werden, sodass sich auch Studierende, die die ÖH nicht kennen, zurechtfinden können. Weiters sollen alle Förderungen und Fördertöpfe der ÖH zugänglicher dargestellt werden und auch die vergangenen und laufenden Kooperationen bei Förderungen der ÖH transparent aufgelistet werden.

Verantwortungsvolle Arbeitsweise

Auch wenn die Arbeit der ÖH Bundesvertretung zum Großteil von ehrenamtlichen Menschen getragen wird, sind wir uns der Verantwortung unserer Arbeit gegenüber allen Studierenden in Österreich bewusst. Wir tragen nicht nur den Studierenden gegenüber Verantwortung, sondern auch untereinander als Team und ebenfalls für unsere eigene Arbeit.

Ökologisch-nachhaltige ÖH

In unserer Arbeit achten wir bewusst auf ökologische Nachhaltigkeit. Das beinhaltet die entsprechende Wahl von Transportmitteln, Verpflegung und Materialien, sowie den administrativen Alltag (z.B. Mülltrennung, Wasser sparen, Druckkosten usw.).

III. Projekte

Mental Health Awareness Kampagne

Im Zuge einer Kampagne soll Bewusstsein für psychische Gesundheit/Krankheit geschaffen werden und auf die Einschränkungen und Barrieren für Studierende mit psychischen Problemen gemacht werden. Mit Aufklärung und der Vermittlung von Grundwissen über verschiedene Arten psychischer Krankheiten sollen Stigmatisierung entgegengewirkt, Prävention möglich und Risikofaktoren gesenkt werden. Gleichzeitig sollen Anlaufstellen für Unterstützung und Beratung breiter bekannt gemacht werden. Durch Aufklärungsarbeit kann Prävention möglich werden und mögliche Risikofaktoren gesenkt werden. Teil der Kampagne ist eine Broschüre mit einer Einführung und möglichen Beratungsangeboten. Außerdem sollen inhaltliche Veranstaltungen wie Vorträge und Diskussionen zum Thema während des Mental Health Awareness Month im Mai 2020 stattfinden.

Studienfahrten

Wie in der vergangenen Jahren wird es auch in Zukunft Studienfahrten an Orte und Erinnerungsstätten geben, welche an die Verbrechen der Shoa und des Zweiten Weltkriegs erinnern. Diese Fahrten sollen vom Verein Gedenkdienst unterstützt werden, damit Vor- und Nachbereitung der notwendigen Raum eingeräumt und eine professionelle Begleitung gewährleistet ist.

Veranstaltungsreihe Klima

Im Zuge einer bundesweiten Veranstaltungsreihe soll vorrangig Studierenden die Chance geboten werden das Thema Klimawandel, Klimaschutz und nachhaltige Zukunft aus den unterschiedlichsten Perspektiven (Politik, Gesellschaft, Individuum, etc.) zu beleuchten. Den Studierenden soll in Form von Podiumsdiskussionen, Vorträgen, Weiterbildungsseminaren, Filmabenden, Exkursionen, etc. die Dringlichkeit dieses Problems näher gebracht und Lösungsansätze präsentiert werden. Die Veranstaltungsreihe soll sich über einen Periode von vier bis sechs Monaten ziehen, 10 bis 15 Veranstaltungen beinhalten und mit einem Großevent abschließen.

Analyse der österreichischen Hochschulstandorte in Bezug auf Nachhaltigkeit mit einem Schwerpunkt auf Transparenz und Nachhaltigkeit der Mensa-Angebote

In Hinblick auf die Klimakrise ist Nachhaltigkeit in der Lehre und Forschung und Hochschulmanagement unumgänglich. Österreichische Hochschulen müssen Verantwortung gegenüber der jetzigen und vor allem zukünftigen Generationen wahrnehmen. Um nachhaltige Hochschulen gewährleisten zu können, ist eine Analyse mit anschließender Publikation der Hochschulstandorte durchzuführen. Die Analyse hat in Zusammenarbeit mit den Hochschulvertretungen zu erfolgen. Aber nicht nur die Qualität der Bildungsinfrastruktur zeichnet eine hochwertige Hochschule aus, sondern auch ein hochqualitatives Mensaangebot, das einerseits Auskunft über die verwendeten Lebensmittel, insbesondere bei Fleisch, gibt und auch Mahlzeiten im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit (Reduzierung des Lebensmittel Foodprints) anbietet.

Kongress Antisemitismus - Antiziganismus

Wie bereits in den vergangenen Jahren soll es auch in dieser Exekutive mehrere, wissenschaftliche Kongresse geben, die sich dieses Mal mit Antisemitismus einerseits aber auch Antiziganismus andererseits auseinandersetzen. Dabei soll es ganz konkret um vergangene und gegenwärtige Auswüchse dieser Form von Diskriminierung gehen, sowie um Gegenstrategien und deren Entwicklung als Studierende. Mit einbezogen werden sollen sowohl mehrere Hochschulvertretungen als auch zivilgesellschaftliche Organisationen.

Get Active @PH/FH/PU!

Immer wieder stehen vor allem Studierendenvertreter_innen an Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen und Privatuniversitäten vor der großen Frage, wie sie ihre Aufgaben gut übergeben und neue Ehrenamtliche für die Vertretungsarbeit finden können. Im Zuge von Kampagnenpaketen, Schulungsangeboten und gezielter Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit sollen die Aktivitäten der Vertreter_innen an PHn, FHn und PUn unterstützt und gestärkt werden. Auch wenn die Umsetzung von Kampagnenelementen den Vertreter_innen vor Ort obliegt, unterstützt die ÖH-Bundesvertretung dabei mit Know-how, Material, Schulungsangeboten und Möglichkeiten zur Vernetzung.

Maturant_innenbefragung österreichweit

Die ÖH-Bundesvertretung wird sich beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung dafür einsetzen, endlich eine Maturant_innenbefragung durchzuführen. Nur so kann der Gap zwischen Studienanfänger_innen und Maturant_innen endlich genauer benannt, beschrieben und bemessen werden. Das Anliegen soll gemeinsam mit der Hochschulkonferenz sowie den Stakeholdern Uniko, FHK, RÖPH und eventuell ÖPUK und der Bundesschüler_innenvertretung (BSV) vorangetrieben und vom BMBWF umgesetzt werden.

Konzept Teilzeitstudium

Die ÖH-Bundesvertretung erarbeitet ein Konzept für das lange schon geforderte Teilzeitstudium, das es Studierenden auch an Universitäten ermöglichen soll, neben dem Studium Betreuungspflichten, Lohnarbeit oder Ähnlichem nachzukommen. Nach wie vor arbeiten über 60 Prozent der Studierenden durchschnittlich 20h in der Woche. Das Bild der Vollzeitstudierenden ist längst überholt - zukunftsfähige Konzepte für Alternativen fehlen aber bis heute. Möglicher Partner in diesem Vorhaben kann das Institut für Höhere Studien sein.

Studie Pflichtpraktika an FHn

In zahlreichen Studienrichtungen sind verschiedenste Praktika vorgeschrieben, die jedoch nicht immer bezahlt sind. Auch Hochschulen haben eine Verantwortung dafür, dass ihre Studierenden für Arbeit entsprechend entlohnt werden - sie sind es immerhin, welche die Praktika vorschreiben. In diesem Sinne soll eine Erhebung durchgeführt werden, wie viele Studierende an Fachhochschulen vom Lohndumping der Pflichtpraktika betroffen sind - und ob und wenn ja wie sie überhaupt entlohnt wurden.

Bestandsaufnahme Lehrer_innenbildung

Viele Jahre nach Einführung der neuen Lehramtsstudien, der Verbundsstrukturen und auch des neuen Dienstrechts stellt sich die Frage, wo wir heute stehen: Ist die Ausbildung tatsächlich flexibler geworden? Wie funktioniert die Kooperation zwischen den Hochschulsektoren und Standorten? Welche Schwierigkeiten brachte die Umstellung für die Studierenden mit sich?

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, welche sich über alle Cluster erstreckt (eine Veranstaltung/ein Seminartag pro Cluster mit jeweils diversen Foren), soll eine Bestandsaufnahme zur aktuellen Situation der Lehramtsstudierenden und ihrer Bedürfnisse geliefert werden. Diese Bestandsaufnahme soll im Anschluss aufgearbeitet und als Publikation veröffentlicht werden.

Vertretungswerkstatt (VeWe)

Es liegt im Interesse aller Studierenden in Österreich, dass ihre Vertreter_innen gut geschult sind. Durch die Vielzahl und Diversität der Aufgaben als Studierendenvertreter_in ist es jedoch nicht immer leicht, diese gezielt auszubilden und dadurch Qualität der Vertretungsarbeit sicher zu stellen. Daher wurde die Vertretungswerkstatt der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft ins Leben gerufen. Durch dieses Schulungswochenende sollen bis zu 200 teilnehmenden Studierendenvertreter_innen aus ganz Österreich ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend in bis zu 13 Workshops notwendiges Wissen für ihre Vertretungsarbeit erarbeiten. Unterstützt werden sie dabei von qualifizierten Fachtrainer_innen.

Die Vertretungswerkstatt soll je einmal im Wintersemester 2019/20 und im Wintersemester 2020/21 stattfinden. Im ersten Durchlauf soll ein besonderer Fokus auf die Schulung und Ausbildung der (neuen) Studierendenvertreter_innen gelegt werden, um die Grundlagen der Vertretungsarbeit zu sichern. Im Sommersemester 2020 soll eine Umfrage aller Studierendenvertreter_innen durchgeführt werden, um die Bedürfnisse und Wünsche für die Schulungen und Themen der VeWe zu eruieren. Diese Erfahrungen sollen wesentlich in der Ausgestaltung der darauffolgenden Vertretungswerkstatt berücksichtigt werden und somit eine offene, partizipative Veranstaltung sicherstellen. Die Federführung der Organisation und Ausgestaltung der VeWe obliegt dem Referat für Bildungspolitik unter Einbindung aller ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen.

Inhaltliche Schwerpunkte: Vertretungsarbeit, Bildungspolitik, Konfliktmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Bologna

BiPol-Schulungen

Es sollen mehrere Schulungen und Seminare wie "Universität & Vertretung 2.0" stattfinden. Diese sollen einerseits fundiertes Grundwissen für Vorsitzende, studentische Senatsmitglieder und weitere bildungspolitisch Interessierte darbieten, als auch eine Fortführung von diversen bildungspolitischen Workshops der Vertretungswerkstatt bieten. Des Weiteren sollen auch Vorträge an lokalen Standorten zu Themen wie Rechtsfragen, Gremienarbeit und bildungspolitischer Beratung organisiert werden. Derartige Schulungen sollen für alle Hochschultypen abhängig von ihren Bedürfnissen abgehalten werden.

Monat der freien Bildung

Bei dem österreichweiten Monat der freien Bildung werden z.B. Vorlesungen aus den Hörsälen, künstlerische Aktivitäten und Aktionen nach draußen verlegt, um Menschen, die wenig oder nichts mit Hochschulen zu tun haben, einen niederschweligen Zugang zu bieten. Ziel ist, dieses Projekt mit möglichst vielen Hochschulvertretungen umzusetzen. Um eine hohe Partizipationsquote zu erreichen, sollen Hochschulvertretungen den Monat der freien Bildung aktiv mitgestalten können. Die Hauptkoordination des Projektes soll innerhalb der ÖH-Bundesvertretung referatsübergreifend in Zusammenarbeit mit den teilnehmenden lokalen Hochschulvertretungen. Der Monat der freien Bildung soll einmal im Jahr stattfinden.

Rechtsgutachten und Ausarbeitung eines einheitlichen Hochschulrechts

Derzeit existieren in Österreich vier verschiedene Arten von Studienrecht (Universitäten, Fachhochschulen, Privatuniversitäten und pädagogischen Hochschule sowie UWK-Gesetz). Zwischen diesen existieren große Diskrepanzen in Themen wie Prüfungsantritte, Rechtsschutz bei Prüfungen und Curricula-Gestaltung. Daher fordern wir ein alle Hochschultypen übergreifendes einheitliches Studienrecht, welches die Studierenden bestmöglich unterstützt und schützt. Ein Rechtsgutachten soll eingeholt werden, wie die Rechtssysteme vereinheitlicht werden können. Weiters soll ein Gesetzestext ausgearbeitet werden, wie das Hochschulrecht vereinheitlicht werden kann. Ziel ist es, dass Studierende - egal, wo sie studieren - die gleichen Rechte haben.

Öffi-Ticket

Aufbauend auf dem Konzept der ÖH-Bundesvertretung wird sich die Koalition mit vollstem Nachdruck dafür einsetzen, dass das Studierenticket im nächsten Regierungsprogramm enthalten ist und dies auch umgesetzt wird. Dies soll durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema und den damit einhergehenden verstärkten öffentlichen Druck begleitet werden.

Öffentlichkeitsarbeit auf professionelle Beine stellen

Die Öffentlichkeitsarbeit der ÖH ist seit Jahren stetig verbessert worden. Um dieses Jahr noch einen Schritt weiterzugehen, soll gleich zu Beginn der Exekutivperiode (in Zusammenarbeit mit einer Kommunikationsagentur) eine Kommunikationsstrategie erarbeitet werden, die zu den Anforderungen und Bedürfnissen der ÖH passt. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesvertretung soll effizient und wirksam zu einem besseren Image der ÖH-BV und in weiterer Folge zu einer steigenden Wahlbeteiligung führen. Erfolge und Projekte sollen auf allen Kanälen transportiert werden, um die ÖH sichtbarer zu machen. Die Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit soll zu dem Bewusstsein führen, dass die ÖH, insbesondere die ÖH- Bundesvertretung, nicht nur eine sinnvolle Institution ist, sondern auch einen Mehrwert für alle Studierenden hat. Eine halbjährliche Evaluierung und weitere Konkretisierung dieser Strategie in Zusammenarbeit mit einer Agentur ist vorgesehen.

Auch das Progress soll einem gründlichen Check unterzogen werden, um in Zukunft sicherzustellen, dass wir jedes Medium eingebettet in eine umfassende Medien- und Öffentlichkeitsarbeitsstrategie bespielen. Vor allem eine zunehmende Digitalisierung, Umstrukturierung und eventuelle Reduktion der Printausgaben sollen besprochen werden.

Sozialfonds ausbauen

Mit dem Sozialfonds hat die ÖH ein Angebot geschaffen, das es uns ermöglicht, Studierende in finanziellen Notlagen zu unterstützen. Leider wird dieser Topf nicht immer voll ausgeschöpft, was vor allem an teilweise sehr engen Richtlinien liegt. In Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sollen diese Richtlinien erweitert werden, um mehr Studierende unterstützen zu können.

Studierendenheimdatenbank

Nachdem wir in den letzten Jahren stark in die Verhandlungen zum Studierendenheimgesetz eingebunden waren, ist es uns ein großes Anliegen, die Studierenden auch umfassend über die verschiedenen Konditionen in Österreichs Studierendenheimen zu informieren. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (welches alle Daten dazu von den Heimen einfordern kann) soll eine Plattform geschaffen werden, in der einsehbar ist, zu welchen Konditionen welches Zimmer wo zur Verfügung stünde.

Interne Schulungen

Um viel Know-How auf der ÖH aufzubauen (und in weiterer Folge auch zu archivieren), soll es für die ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen der ÖH regelmäßige Schulungen (3-4 pro Semester) zu unterschiedlichen Themen geben. Der Fokus soll hier vor allem auf für die Arbeit notwendige Skills (Projektmanagement, Verhandlungstrainings) und relevante inhaltliche Schulungen (HSG 101, Antisexismus) gelegt werden. Der genaue Schulungsplan soll vom Organisationsreferat in Abstimmung mit den Referaten erarbeitet werden.



Stipendiendatenbank

Gerade für junge Wissenschaftlerinnen* ist es oft sehr schwierig, im akademischen Bereich Fuß zu fassen. Bezahlte Forschungsstellen sind rar, viele junge Frauen* wagen den Sprung vom Studium in die Wissenschaft nicht. Wir wollen eine Datenbank aufbauen, in der junge Wissenschaftler_innen einen Überblick über vorhandene Stipendien und Förderungen für wissenschaftliche Arbeiten bekommen und sich informieren können. Ein besonderer Fokus soll darauf liegen, junge Frauen* als Wissenschaftlerinnen* zu fördern.

AKG – What's that?

Auf der Homepage der BV soll eine Auflistung und Beschreibung aller Arbeitskreise für Gleichbehandlung (AKGs) und den jeweiligen studentischen Mitgliedern zu finden sein. Auch soll hier nochmal explizit darauf hingewiesen werden, was die Kompetenzen des AKGs sind und wie man sich am besten an ihn wendet. Daneben soll in den kommenden zwei Jahren ein österreichweites Vernetzungstreffen der studentischen Mitglieder der AKGs abgehalten werden. Weiters setzt sich die BV für die verpflichtende Schulungen der AKG Mitglieder sowie die Einrichtung von AKGs an allen Hochschulen in Österreich ein.

Schwarzes Brett verbessern

Mit dem Schwarzen Brett haben wir als ÖH eine Website, die (allein, was die Zugriffszahlen betrifft) sehr erfolgreich läuft. Allerdings braucht es dringend eine Aktualisierung der technischen Gegebenheiten. In den kommenden zwei Jahren sollen hier Verbesserungen, sowie die Einrichtung einer mobilen Ansicht vorgenommen werden.

IV. Schwerpunkte

Schwerpunkt "Menschen mit Behinderung im NS"

Es soll einen Schwerpunkt zum Thema "Menschen mit Behinderung zur NS Zeit" in Zusammenarbeit mit dem Referat für Gesellschaftspolitik und Menschenrechte geschaffen werden. Das Töten und "Ausmerzen" von als "lebensunwerten" definierten Menschen war ein zentrales Ziel der NS-Ideologie. Von 1940 bis 1945 wurden in der "Aktion T4" mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen systematisch ermordet. Im Fokus des Schwerpunktes steht die Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen der "NS-Euthanasie", den systematischen Verbrechen und der Vernichtung von Menschen mit Behinderung, aber auch mit Kontinuitäten, der (fehlenden) Auseinandersetzung und der Anerkennung der Opfer im postnazistischen Österreich. Im Zuge dieses Schwerpunktes sind Bildungsreisen an Orte des Verbrechens geplant: ins Otto Waagner Spital und zur Gedenkstätte Schloss Hartheim, mit eventueller Betreuung durch den Verein Gedenkdienst. Dazu soll es eine Vorbereitungsveranstaltung und eine moderierte Nachbereitung geben.

Studierendensozialerhebung

Mit dem Jahr 2020 werden die neuen Materialien zur sozialen Lage der Studierenden veröffentlicht. Diese Daten sind für die ÖH von enormer Wichtigkeit, da sie die Grundlage für unsere Positionen, Argumentationen, Projekte und Strategien bilden. Das Referat für Sozialpolitik soll diese Daten so gut (und notwendig) wie möglich aufarbeiten, sodass wir sie als ÖH weiterverwenden und veröffentlichen können.

Unterhaltsrecht

Immer wieder sehen wir in der Beratung, dass es viele Studierende gibt, die von ihren Eltern keinen Unterhalt bekommen (z.B. aufgrund innerfamiliärer Probleme, weil auch Geschwister zu versorgen sind oder die Eltern mit dem Geld schlicht selbst nicht über die Runden kommen). Leider gibt es auf diese Probleme keine einfache Antwort, da das österreichische Unterhaltsrecht durchaus komplex ist. Deshalb wollen wir in der Arbeit im Referat für Sozialpolitik in den nächsten zwei Jahren einen inhaltlichen Schwerpunkt auf das Thema Unterhalt legen und dadurch die Beratungsarbeit in diesem Feld verstärken, aber auch auf einer politischen Ebene Druck aufbauen.



Rückfragehinweis

Alice Socher
alice.socher@oeh.ac.at
0676 / 888 522 - 11

Eva Sager
eva.sager@oeh.ac.at
0676 / 888 522 - 12

Sebastian Höft
sebastian.hoeft@oeh.ac.at
0676 / 888 522 - 17

presse@oeh.ac.at